21. Wahlperiode

Drucksache **21/** 5427

HESSISCHER LANDTAG

28/10/26

Kleine Anfrage
Maximilian Müger (fraktionslos)

Bundesinitiative zur Strafbarkeit der Leugnung des Existenzrechts Israels: Kontakte der Landesregierung zu Beratern des israelischen Ministerpräsidenten und Kommunikationsaufträge

Vorbemerkung Fragesteller:

Nach Berichten der Frankfurter Rundschau vom 22. und 23. Oktober 2026 liegen Chatnachrichten vor, wonach der frühere Wahlkampfberater des israelischen Ministerpräsidenten S. E. am 5. September 2026 seinem Geschäftspartner J. U., mit dem er die Beratungsfirma „Perception“ (auch „Perception Media“) betreibt, eine „nette bezahlte Arbeit mit der CDU“ ankündigte. Gegenstand war offenbar öffentliche Unterstützung für die im April 2026 von Ministerpräsident Boris Rhein und Justizminister Christian Heinz vorgestellte Bundesratsinitiative zur Strafbarkeit der Leugnung des Existenzrechts Israels. Kurz darauf lobte der israelische Diaspora-Minister die hessische Initiative auf der Plattform X; er hat inzwischen bestätigt, dass die Formulierung seines Beitrags von Herrn U. stammte. Ob und von wem Zahlungen geleistet wurden, ist ungeklärt; die CDU Hessen hatte sich gegenüber der Frankfurter Rundschau zunächst nicht geäußert. Nach einem Bericht der Zeitung Haaretz vom 25. Oktober 2026 arbeitet „Perception“ seit mindestens 2024 mit regionalen Gliederungen der CDU zusammen. Nach Kenntnis des Fragestellers liegt auch keine Erklärung der Landesregierung vor, ob Stellen in ihrem Verantwortungsbereich mit den genannten Beratern in Verbindung standen. Angesichts dessen ergeben sich mir einige Fragen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kontakte hatten Mitglieder der Landesregierung, Staatssekretäre, Beauftragte der Landesregierung oder Bedienstete der Staatskanzlei, des Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat oder der Landesvertretung beim Bund seit dem 18. Januar 2024 zu S. E., J. U. oder der Firma „Perception“ einschließlich mit ihr verbundener Unternehmen? Bitte aufgeschlüsselt nach Datum, Kommunikationsweg, Anlass und beteiligter Stelle.

2. Welche Aufträge hat die Landesregierung im Zusammenhang mit der Bundesratsinitiative an PR-, Kommunikations-, Social-Media- oder Beratungsdienstleister vergeben, einschließlich Abrufen aus bestehenden Rahmenverträgen? Bitte aufgeschlüsselt nach Auftragnehmer, Unterauftragnehmer, Leistungsgegenstand und Auftragswert.

3. Sind aus Landesmitteln unmittelbar oder über Auftragnehmer Zahlungen an „Perception“ oder an die in Frage 1 genannten Personen geleistet worden?

4. Welche Ausgaben hat die Landesregierung für bezahlte Reichweite in sozialen Medien zur Bewerbung der Bundesratsinitiative getätigt?

5. Wurde die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung zur Bundesratsinitiative mit der CDU Hessen einschließlich ihrer Landtagsfraktion abgestimmt?

6. Wurden Unterlagen der Landesregierung zur Bundesratsinitiative, insbesondere Pressetexte, vor ihrer Veröffentlichung an die CDU Hessen einschließlich ihrer Landtagsfraktion weitergegeben?

7. Hat die Landesregierung israelische Regierungsstellen um öffentliche Unterstützung der Bundesratsinitiative gebeten?

8. Hatte die Landesregierung vor deren Veröffentlichung Kenntnis von Beiträgen israelischer Regierungsmitglieder auf der Plattform X, in denen die Bundesratsinitiative unterstützt wurde?

9. Waren Mitglieder der Landesregierung, Staatssekretäre oder Bedienstete der Staatskanzlei am Zustandekommen der Tätigkeit von „Perception“ zur Unterstützung der Bundesratsinitiative beteiligt?

10. Hat die Landesregierung seit dem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 22. Oktober 2026 eine Prüfung eingeleitet, ob Stellen in ihrem Verantwortungsbereich an der Zusammenarbeit mit „Perception“ beteiligt waren? Die Antwort bitte begründen.

Wiesbaden, den 26.10.2026



(Maximilian Müger)